

Hierauf verliest der Vorsitzende folgende

Erklärung der Vertreter der Union der Hand- und Kopfarbeiter,

die die Konferenz verlassen haben:

"Die auf dem Parteitag der K.A.P.D. in Berlin vom 11.-13.9.21 auf besondere Einladung anwesenden Vertreter der Union der Hand- und Kopfarbeiter stellen als Ergebnis des Parteitages (bis zu Punkt 6 seiner Tagesordnung) fest:

- 1.) Kampf der dritten Kommunistischen Internationale und Bildung einer neuen sogen. Arbeiter-Internationale.
- 2.) Kampf der Union der Hand- und Kopfarbeiter und Zertrümmerung dieser Organisation.
- 3.) Kampf der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Die anwesenden Vertreter der Union der Hand- und Kopfarbeiter erblicken in der Kampfansage an Moskau einen Verrat gegenüber dem kämpfenden Weltproletariat. Anstatt in dem jetzigen Stadium der Revolution, dessen Gefährlichkeit doch sicher auch von dem Parteitag erkannt wird, Mittel und Wege zur Schaffung der Einheitsfront zu suchen und zu beraten, schlägt man dem gesamten kämpfenden Proletariat der Welt durch die Beschlüsse des Parteitages ins Gesicht durch den Wahnsinn des Gedankens: Bildung einer neuen Arbeiter-Internationale. Wir sind der Überzeugung, daß jede separatistische und Abstinenzpolitik die proletarische Revolution zum Stillstand, wenn nicht zum Rückgang bringt.

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter fürchtet den ihr von dem Parteitag der K.A.P.D. angesagten Kampf nicht, sondern wird diesen Kampf mit ehrlichen Waffen führen und zu bestehen wissen unter der Parole:

Einheitsfront des revolutionären Proletariats gegenüber der Einheitsfront des Kapitals, als Mitglied und unter dem revolutionären Banner der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Die Vertreter der Union der Hand- und Kopfarbeiter erklären sich hier im Auftrage ihrer Organisation gemäß den in Halle gefaßten Beschlüssen, daß die Union der Hand- und Kopfarbeiter sich ehrlich und treu auf den Boden der Beschlüsse der Roten Gewerkschafts-Internationale stellt.

Eine Kartellierung mit Gegnern Moskaus muß sie aus diesen Gründen ablehnen.

gez. Vogenbeck.

gez. Letsch (Letsch).

Hierauf wird zur Abstimmung über die zu Punkt 5 (Bericht vom Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale) und zu Punkt 6 (K.A.P.D. und A.A.U. Kartell der Unionen in Deutschland. Die Internationale der Unionen) vorliegenden Resolution geschritten.

Nachstehende Resolution des Wirtschafts-Bezirk Groß-Berlin wird mit einer Stimmenthaltung angenommen:

Zu Punkt 5 und 5.

Resolution zur Frage des Kartells der Unionen.

Nachdem der Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale die Anerkennung der Zellentaktik als Bedingung für die Zugehörigkeit zur Roten Gewerkschafts-Internationale erklärt hat, sind diejenigen revolutionären Organisationen, die auf dem Boden der Zerstörung der Gewerkschaften stehen, erneut vor die Frage gestellt, eine Form des Zusammenschlusses zu einer Kampfgemeinschaft zu finden. Die A.A.U. hat von allen revolutionären Organisationen dieses Ziel: Zerstörung der Gewerkschaften und Ablehnung aller gewerkschaftlichen Methoden - bisher als einzige konsequent verfolgt.

Sie hat deshalb die Aufgaben, die Initiative zu ergreifen und denjenigen Organisationen, deren Delegationen in Moskau sich mit der A.A.U. zur Opposition zusammengeschlossen hatten, die Bedingungen für das Eingehen einer solchen Kampfgemeinschaft zu stellen. Weder bei der Gelsenkirchner Union (F.A.U.) noch bei irgend einer anderen Organisation in Deutschland sind infolge ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Klassenkampf diese Voraussetzungen gegeben. Trotzdem muß die A.A.U. durch ihr Beispiel und durch planmäßige Aufstellung von außen her diese Voraussetzung schaffen. Wenn aber diese Voraussetzung eingetreten sein wird, erübrigt sich eine Kartellierung, weil dann der Zusammenschluß der beiden Unionen im Verlaufe der Kämpfe sich von selbst ergibt.

Wurde mit 1 Stimmenthaltung angenommen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Arbeitslosenfrage

Gen. A r n n d t (Jan Appel):

Die Erwerbslosenfrage, die so schwerwiegend ist, muß gezeigt werden, wie sie heute liegt. Die Erwerbslosen vor dem Kriege wurden dadurch hervorgerufen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft eine Überproduktion einsetzte, und der Markt konnte nicht alle geschaffenen Waren abnehmen, weil der Unternehmer nur für den Profit herstellte, wurde die Produktion eingestellt, ein Teil der Proletarier konnte seine Arbeitskraft zur Herstellung dieser Produkte nicht verkaufen, bezog auch nicht die Mittel, um leben zu können. Heute liegt die Erwerbslosenfrage etwas anders. Die Proletarier können ihre Arbeitskraft nicht verkaufen, weil die Produktion eingeschränkt wird, nicht weil Überproduktion vorhanden ist, sondern weil das Kapital die Produktionsbasis verringert. Wir befinden uns in einer Zeit, wo die kapitalistische Wirtschaft im Abstieg ist. Wir nennen dies die Todeskrise des Kapitalismus, weil es den Markt der kapitalistischen Wirtschaft verringert. Ein Merkmal dieser Todeskrise ist daran zu sehen, daß die Kapitalisten deshalb ihre Produktionsbasis verringern, weil sie sparen müssen, nicht an ihren eigenen, sondern an den Ausgaben für Arbeitskraft an Lohn, an unnützen Ausgaben in ihrer Industrie. Das sind ihre Beschränkungen, die auf Kosten des Proletariats erfolgen. Nicht allein zugunsten des arbeitenden Kapitals, sondern auch zugunsten der Anleihen.

Dadurch, daß natürlich Ersparnisse an Ausgaben gemacht werden müssen, um diese Gesellschaft zu halten, verengt sich mehr der Wirkungskreis der kapitalistischen Wirtschaft für den Verbrauch. Das müssen wir sehen, um daraus Schlüsse zu ziehen. Wenn vor dem Kriege aus dem Grunde der Überproduktion Krisen einsetzen und Erwerbslosigkeit einsetzte, verlief sich die Überproduktion, und eine schärfere Produktion setzte ein, die die Erwerbslosen wieder in die Betriebe aufnahm. Anders diese Krisen, die im Abstieg dieser Wirtschaft ist, dauernd ist, und enden muß mit einem Zusammenbruch. Daraus folgt für uns, daß wir zu erkennen haben die Ergebnisse. Heute ist die Krise dauernd, das wird nicht besser. Es können keine solchen Zeiten kommen wie nach einer Wirtschaftskrise vor dem Krieg. Nun fragen wir uns, ist diese Erwerbslosigkeit, wie sie heute besteht, im Interesse des Kapitals gelegen? Da kann

man antworten: nein. Es ist logisch, wenn sich durch diese Erwerbslosigkeit die Produktionsbasis immer mehr verringert bedeutet dies den Untergang dieser Ordnung. An einzelnen Erscheinungen dieser Erwerbslosigkeit ist das Kapital interessiert. Ob wir als Proletariarier an dieser Erwerbslosigkeit interessiert sind, können wir sagen: nein. An einzelnen Erscheinungen sind wir vielleicht doch interessiert. Nicht allein interessiert daran. Wir müssen auch zeigen, welche schädlichen Wirkungen diese Erwerbslosigkeit hat für das Proletariat. Bei dem Steigen der Masse der Erwerbslosen, die natürlich leben wollen, wird die kapitalistische Ordnung bedroht, dadurch, daß Massen von Erwerbslosen sich zusammenballen und einen Herd der revolutionären Erhebung bilden. Andererseits, wenn diese Massen sich nicht bilden, bildet sich das sogen. Verbechertum. Die zerreiben die Sicherheit des bestehenden Systems. Demnach sind sie also etwas Gefährliches für die kapitalistische Ordnung. Welche schlechten Folgen hat die Erwerbslosigkeit für das Proletariat. Wir haben zu erkennen, daß dadurch, daß das Proletariat aus den Betrieben herausgezogen wird, das Proletariat zermürbt wird, das müssen wir klar erkennen, die schlechten Folgen für das Proletariat entstehen. Die Proletariarier werden auseinandergerissen, das Klassenbewußtsein wird untergraben. Das Klassenbewußtsein des Proletariats resultiert hauptsächlich daraus, daß es in Betrieben zusammengeschweißt wird, es fühlt sich dadurch als Klasse, die auch gemeinsam bedrückt wird, und die auch zu gleicher Zeit ihrer Wichtigkeit bewußt wird. Solange es arbeitet, sieht das Proletariat die Quelle aller dieser Schätze, weiß es, wenn wir nicht sind, dann steht alles. Man ist angewiesen auf uns. Aus dieser Erfüllung ihrer Aufgabe im kapitalistischen System schweißt sich das Klassenbewußtsein des Proletariats. Die weiteren schädlichen Folgen sind am deutlichsten, am sichtbarsten, daß die Arbeiterschaft ein Teil aus den Betrieben heraus ist, ein elendes Leben fristen muß, ein anderer Teil in der Industrie noch bleibt. So ergibt sich eine Zweiteilung, und das ist für den organisierten Klassenkampf das Schädlichste.

Ein Vorteil für die Unternehmer ist ein Nachteil für das Proletariat. Was müssen wir tun, um gegen die schädlichen Folgen der Erwerbslosigkeit zu kämpfen. Als erstes die Zweiteilung zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden. Das kann nur geschehen, indem wir beiden Teilen ein Ziel stecken, daß wir ihr Zusammengehörigkeitsgefühl, ihr Klassenbewußtsein heben. Das können wir nur heben, indem wir das Ziel der Klasse klar und deutlich zeigen, die kommunistische Gesellschaftsordnung. Das eint sie und bringt beide getrennten Teile wieder näher. Da muß man organisatorisch einen Ausweg finden; nur da-

durch, daß bei den Arbeitslosen von uns darauf gedrängt wird, Aktionsausschüsse zu bilden, und daß in den Betrieben auch Aktionsausschüsse gebildet werden, die aufs innigste zusammen miteinander arbeiten müssen. So bringen wir sie wieder durch den Klassenkampf, wenn wir nun diesen Zusammenhalt geschaffen haben, kann es nicht dabei bleiben, daß man nur Propaganda macht für den Klassenkampf und wartet auf die Revolution und auf den Kommunismus, sondern diese Organisationen müssen in Tätigkeit treten, arbeiten, sich erproben, in Bewegung bleiben. Sie müssen kämpfen. Die Aktionsausschüsse mit den hinter ihnen stehenden klassenbewußten Arbeitern müssen ständig kämpfen um den Kommunismus, sich ständig in der Revolution befinden. Alle ihre Handlungen müssen so einheitliche sein.

Wenn sie kämpfen, braucht sowohl das Proletariat in den Betrieben wie außerhalb der Betriebe zu leben, hauptsächlich die Erwerbslosen. Darum müssen sie als erstes kämpfen, daß sie wenigstens bestehen. Sie werden kämpfen müssen so, daß sie mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, diese Dinge haben, sie von den Kapitalisten zu erzwingen. Ich deutete schon an, wie die schädlichen Folgen für die Kapitalisten entstehen, daß die Erwerbslosen sich am Eigentum vergreifen, so geht auch der Gang dieser Organisation. Sie müssen sich organisieren und in Massen von Behörden, von Unternehmern, wo die Möglichkeit ist, mehr zum Leben zu erzwingen. Es kommt darauf an, zu erringen, nicht erschachern, oder erhandeln, nicht zufrieden geben mit kleinen Brocken, sie müssen ständig Unruhe bringen. Damit erreichen sie, daß sie etwas zum Leben bekommen und ständig die kapitalistische Ordnung in Unruhe halten. Sowie sie denken, sie haben jetzt etwas errungen, schlägt das ins Gegenteil um. Die andere Seite muß ganz klar ausgesprochen werden. Wenn eine große Masse gezwungen ist, sich an dem privaten Eigentum als Einzelperson zu vergehen, so ist das eine Tatsache, die das Proletariat mehr und mehr zermürbt und es auseinandertreibt. Deshalb müssen wir dort auch hingehen und dem privaten Eingriff in das Eigentum eine Richtung geben, derart, daß man organisiert, dort nimmt, wo etwas ist. Dann muß diese Organisation von klassenbewußten Arbeitslosen und Arbeitern gegen die schädlichen Wirkungen der Erwerbslosigkeit selbst den Kampf aufnehmen, gegen die Wirkungen der Arbeitslosigkeit als Lohnrückerei, denn den Nutzen davon hat das Kapital. Dann muß auch der Kampf gegen diese Arbeitsarmeen aufgenommen werden. Das sind so in ganz kurzen Zügen die Probleme, die uns die Arbeitslosenfrage stellt, und die wir lösen müssen, in der wir vorgehen müssen, und wir haben alle Handlungen, die sie begehen, einzurichten auf das Ziel, auf den Kommu-

nismus, denn wenn wir vorhin zeigten, daß die Arbeitslosigkeit verbunden ist mit dieser kapitalistischen Ordnung, so ergibt sich, daß in dieser Gesellschaftsordnung eine Besserung, ein Verschwinden dieses Übels nicht sein kann. Eine neue Ordnung, die die Erwerbslosen verankert in dem Produktionsprozeß muß geschaffen werden. Alles, was wir jetzt zu tun haben, ist Kampf, Aufklärung, Organisation für ein Ziel. So können wir sagen: die Lösung der Erwerbslosenfrage geschieht nur durch die Revolution selbst.

---.---.---.---

Hierauf wird die Tagesordnung unterbrochen.

Justizrat Genosse Fränkel gibt dem Parteitag Bericht über die Mißhandlungen des Genossen Max Hölz im Zuchthaus zu Münster.

(Evtl. folgt über diesen Bericht noch ein ausführlicher Nachtrag zum Parteitagsprotokoll.)

---.---.---.---

Hierauf wird in der Tagesordnung (Punkt 7: Erwerbslosenfrage) fortgefahren.

Dritter Tag

Punkt 7: Erwerbslosenfrage

Diskussion

Gen. Leo Fichtmann:

Wenn wir die Arbeitslosenfrage auf unserem Parteitage behandeln und diskutieren, dann sehen wir, wie wichtig diese Frage ist. Die Arbeitslosen sehen mit großem Interesse drauf, was die K.A.P.D. tun wird. Wir, die wir in der engeren Arbeit stehen, und mit den Arbeitslosen Fühlung haben wissen ihre Beschwerden besser einzuschätzen als die, die angeblich in sozialem Interesse in der Hilfsaktion tätig sind. Sie wissen, daß die Bewegung aus sich selbst heraus entstanden ist. In der ersten Zeit gab es Arbeitslosenräte, denen auch einige unserer Genossen angehört haben. Die Arbeit dieser Räte bestand darin, mit Aktenbündeln vor den Behörden zu erscheinen. Damit war den Arbeitslosen nicht gedient. Die Arbeitslosen verlangten, daß etwas geschehen sollte. Wir zogen von Betrieb zu Betrieb und wollten von den Arbeitenden die Solidarität bezeugt haben. Wie sah diese Solidarität aus? Nach dem Lippenbekenntnis hieß es nachher: Wir bringen Euch mit Eisenstangen heraus. In den Fabriken wurde gegen uns aufgehetzt von den Gewerkschaften, weil wir nicht nur für die Arbeitslosen Stellung nahmen, sondern auch gegen die Gewerkschaften in der Frage der Wiedergutmachung. Die Gewerkschaften sind heute auf dem Niveau angelangt, daß man sagen kann, was früher die Gelben taten, das tun heute die freien Gewerkschaften. Aber nicht allein da. Die kommunistischen Brüder tun noch mehr. Sie sind zu Stützen dieser Gewerkschaften geworden. In dem Nachweis der Wustenhäuserstraße wollte man uns sogar das Betreten des Nachweises verbieten.

Wenn wir betrachten, was wir zu tun haben als Aktionsausschüsse der Erwerbslosen, so haben wir nicht betteln zu gehen, sondern zu fordern und zwar volle Existenz für alle und geben sie uns das nicht, so müssen wir darum kämpfen. Und erreichen wollen wir die Übernahme der Produktion, nicht die Kontrolle der Produktion. Denn haben wir die Kraft der Kontrolle, dann haben wir auch die Kraft der Übernahme der Produktion. Als leuchtendes Beispiel auf den Nachweisen, die wir als Betriebe der Arbeitslosen ansehen, müssen wir geschlossen die Solidarität den andern Proletariern zeigen, müssen zeigen, wie die K.A.P.D. eingestellt ist. Daraus ergibt sich, daß wir die

Führung übernehmen. In den Nachweisen, wo die K.A.P.D.-Genossen wirklich arbeiten, haben wir die Führung in Berlin. Nun wird uns immer vom Reich und von den sogenannten Erwerbslosenräten vorgehalten, die K.A.P.D.-Genossen sind ja auch noch Erwerbslosenräte. Das muß unterbleiben und das hat der Parteitag klipp und klar zu beschließen. Die Genossen, die sich nicht loslösen können davon, sind eben keine klaren K.A.P.D.-Genossen, sie werden den klaren Genossen nur um die Ohren gehauen und hemmen nur den Aufbau der Organe. Wir stellen den Antrag, Ihr müßt beschließen, daß alle Beschlüsse, die in der Arbeitslosenfrage gefaßt werden, bindender Natur sind und über das ganze Reich durchgeführt werden. Da unsere Partei zum größten Teil aus Arbeitslosen besteht, und immer mehr Schichten unserer Partei Arbeitslose werden, soll dieser Antrag beschleunigt werden. Dies soll die erste Tätigkeit des Arbeitsausschusses sein. Wir sagen: Volle Existenz für alle. Wir sind die reißenen Wölfe und wenn wir Hunger haben, springen wir dem an den Hals, der noch was hat, und nehmen da, wo was ist, nicht von Klassengenossen oder Arbeitern, sondern wir holen da, wo es liegt. Denn bezahlt ist es schon längst, wir brauchen es nur noch abzuholen.

Genossin Schumann:
Über die Frage an sich brauchen wir uns nicht mehr zu unterhalten. Ich will nur darauf hinweisen, daß vom 21. - 25. November ein Erwerbslosenkongreß in Magdeburg stattfinden soll. Die Versammlung ist vom Stadtrat Christ angesetzt. Jedenfalls sind die dortigen Delegierten in der Mehrzahl in öffentlichen Versammlungen gewählt. Es ist notwendig, daß wir kurz dazu Stellung nehmen, und uns fragen, ob wir daran teilnehmen können. Der Genosse dort schützt mit dem Kopf, und ich kann es verstehen. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Kongreß festgelegt ist auf die Frage: Wie verschaffen wir der Forderung des A.D.G.B. zur Durchführung. Das bedeutet, daß wir uns auf diese Forderung stellen und damit unsere Politik nicht führen können. Aber ich glaube, daß im Reich verschiedene Genossen gewählt sind zu diesem Kongreß, und man wird vielleicht schon vorher zusammenkommen lassen und eine Erklärung von unserer Seite aus präzisieren. Diese Erklärung unserer Stellungnahme zur Arbeitslosenfrage halte ich für richtig. Die Genossen müssen sich dann aussprechen, wie sie dazu stehen, und zwar, was sie dazu meinen.

Genosse Scharner:
Diskutieren darüber ist im Augenblick überflüssig, aber unsere Stellung zur

Arbeitslosenfrage ist ziemlich bekannt. Die ist eine Frage der Organisation. Solange es der Partei nicht gelingt, organisatorisch die Kräfte so zu verwenden, daß der Gedanke der K.A.P. Fuß faßt, hat es wenig Zweck, die Frage in allen Einzelheiten zu besprechen. Die Arbeitslosen sind wohl unserem Gedankengang zugänglich. Aber es ist kein Schade zu sagen, es fehlt an den nötigen Kräften, und daß die Kräfte an den entsprechenden Stellen wieder angesetzt werden. Es geht der Appell an die Bezirke. Wenn wir erkennen, daß wir aus den Betrieben verdrängt werden, muß unsere Aufgabe darin liegen, organisatorisch und praktisch die Arbeitslosen zu erfassen. Wenn die Frage zu einer politischen Frage werden soll, so muß es sich auswirken zu einer Zusammenfassung größerer Zentren, wir müssen eine kompakte Masse hierhaben, die etwas verlangt von sich aus. Es muß auch mehr Geld aufgebracht werden. Wir in Berlin versuchen alles mögliche, den Arbeitslosen alle Hilfe zu bringen, und die besten Kräfte der Partei mit hinein zu stellen werden, damit die Frage bewältigt werden kann. Die Finanzen müssen aufgebracht werden, nicht für bezahlte Kräfte, sondern für Flugblätter usw.. Das ist die Hauptaufgabe.

Zu Punkt 7 (Erwerbslosenfrage) wurden folgende Anträge angenommen:

1.) Antrag Ostsachsen:

Der Parteitag erkennt, daß nicht durch theoretische Auseinandersetzungen oder endlose Debatten den Arbeitslosen geholfen werden kann. Den Arbeitslosen muß erklärt werden, daß nur Selbsthilfe und revolutionärer Kampf gestützt auf die Kampftaktik der K.A.P.D., welche eingestellt ist auf sofortige Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und Überführung der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterschaft, zum Ziele führt. Nur so kann den Erwerbslosen endgültig geholfen werden. Die K.A.P.D. wird alle Kraft daran setzen, um für die Interessen der Erwerbslosen und des Gesamtproletariats diesen Kampf bis zum Ende durchzuführen. An alle richten wir jedoch den Mahnruf, in diesen revolutionären Kampf energisch einzugreifen und sich nicht durch abfallende Brocken vom Tische der Besitzenden einschläfern zu lassen. Dies würde nur eine Verschleppung des Elends des Proletariats bedeuten.

2.) Antrag der Erwerbslosendelegation:

Hiermit stellen wir den Antrag, daß alle diejenigen K.A.P.-Genossen, welche sich noch bei den wirtschaftlichen Räten befinden, zurückzutreten haben, oder sie werden ausgeschlossen.

Punkt 7a: Jugendfrage

Gen. Reimann:

Genossen und Genossinnen, wenn wir zur Jugendfrage sprechen, möchte ich es begründen, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, daß wir kurz dazu Stellung nehmen. Wir müssen feststellen, daß zwischen Jugend und Partei grundsätzliche Verschiedenheiten nicht vorhanden sind. Denn wir führen zusammen einen Kampf gegen das Kapital, und da kann es nicht künftig zugelassen sein, daß Streitigkeiten zwischen Jugend und Partei hergestellt sind. Es ist zu Streitigkeiten gekommen, weil Jugend und Alter nicht in einem Rythmus zusammengehen. Immer wieder treten Streitigkeiten zwischen Jugend und Alter hervor. Ich kann nicht grundsätzlich über die Frage der Jugendbewegung sprechen, aber wir haben nur der Partei den Vorwurf zu machen, daß die Partei der Jugend Vorwürfe macht, wir wollen der Partei diktieren und wir sollen uns der Partei unterordnen. Wir können dasselbe nur erreichen, wenn wir im Kampf zusammengehen. Es besteht die Tatsache, daß die Partei keine Jugendarbeit machen kann, aber die Jugend kann bestimmt Parteiarbeit leisten. Wir haben Rundschreiben herausgegeben, auf die von der Partei keine Antwort gekommen ist, einzelne Antworten sind gekommen, aus denen wir feststellen können, daß die Partei keine Jugendarbeit leistet und nicht das Interesse für die Jugend hat. Wo keine Jugend besteht, tritt auch die Partei außer Funktion in der Jugendfrage. Daran müssen wir die Partei mahnen, einen direkten Vorwurf dem Reiche zu machen. Die Partei verkennt es nicht, daß die Jugend Plakate klebt und für alle Arbeit zu brauchen ist. Wir haben uns als Jugend jetzt in einem ganz besonderen Maße eingestellt in der Frage der wirtschaftlichen Kämpfe, der Erwerbslosenfrage. Wir haben denselben Kampf zu führen wie die Partei. Der Rythmus geht schneller vorwärts als bei der Partei; die Jugend kommt viel schneller zu einem Schluß. Wir sind jetzt dabei, uns mehr und mehr illegal einzustellen. Wir sind uns klar darüber geworden, daß nicht mit Flugblättern, mit agitatorischem und organisatorischem Getratsche, sondern praktisch an die Frage herangetreten werden muß. Wir können der Partei hierbei wieder einen Vorwurf machen, daß die Partei den Aufruf der Jugend nicht auf der ersten Seite der Zeitung gebracht hat. Im weiteren hat sie sich nicht daran gehalten, und wir müssen der Partei oder den Instanzen den Vorwurf machen, daß der Aufruf nicht ganz vollständig aufgenommen worden ist, weil die Zeitung verboten werden könnte. Die Zeitung ist trotzdem verboten

worden. Wir müssen uns mehr illegal einstellen. Wir können keine großen öffentlichen Versammlungen machen. Wir müssen andere Organisationen Versammlungen machen lassen und als Sprengpulver hineingehen. Daß die Jugend bewiesen hat zu kämpfen, können wir sehen aus den Kämpfen im März in Mitteldeutschland. Und wir müssen der Partei noch einen Vorwurf machen. Die Partei glaubt irgendwelche Zellen bilden zu können durch Gründung von Jugendsektionen. Wir müssen mit der Partei gemeinsam kämpfen, aber Jugendsektionen lehnen wir ab. Wir fordern, daß diese Jugendlichen in der K.A.J. untergebracht werden zur Jugendarbeit. Damit sie einen Kreis hinter sich haben und dann wieder der Partei zugute kommen können.

Diskussion

Jugendgenosse Märker:
Man mißt der Jugendfrage in der Partei noch immer zu wenig Bedeutung bei. Wenn die Partei die Bedeutung der Jugend nicht erkennt, muß die Jugend selbst sie erkennen und sich Respekt in der Partei verschaffen. Die Jugend wird sich nur dann unterordnen, wenn sie es für notwendig hält.

Jugendsektionen in der Partei zu gründen, möchte ich abraten. Man predigt das Selbstbewußtsein. Dieses wird nur erzogen, wenn die Jugend sich frei entfalten kann. Jugend und Partei ist ein großer Unterschied. Die Genossen der K.A.P.D. dürften zu der Jugend nicht gehen als Autoritäten, sondern als Freunde.

Eins ist vergessen worden: Dort, wo keine Jugend besteht, muß die K.A.P.D. Jugend-Organisationen gründen. Die Jugend darf aber von der Partei nicht als hinkendes Rad behandelt werden.

Liebkecht, der der einzige und wirkliche Freund der Jugend ist, fehlt heute. Er diene den anderen als Vorbild.

Jugendgenosse Braunwald:
Wenn wir die Erwerbslosenfrage nochmals kurz berühren, dann sage ich: Gerade die Jugend war es, die sich um das aktive Banner der Aktionsausschüsse schar-

te. Die Jugend mit Fichtmann zusammen ging geschlossen vor. Von den Lebensmitteln trennen uns nur die Fensterscheiben.

Die Ortsgruppengründung, überhaupt das Entstehen der K.A.J. ist nicht deswegen, um sich theoretisch zu bilden oder um sich kommunistisch zu bilden oder ein Spielklub. Die Jugend stellt sich dar, als ein Faktor, der kämpfen will um die Revolution. Das hat die kommunistische Arbeiterjugend in den Märzkämpfen bewiesen. Wir sind eine Organisation, die innerlich das Bewußtsein hat, daß hier der Kampf aufgenommen wird gegen den Kapitalismus und daß dieser Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus führen muß. In diesem Sinne arbeitet die Jugend auch mit der Partei zusammen.

An die ausländischen Bruderorganisationen, die hier vertreten sind, und die eine K.A.P. gegründet haben, richten wir das Mahnwort, auch dort eine Arbeiterjugend zu gründen, die von dem gleichen Geiste getragen ist wie hier und die Hand in Hand mit der Bruderpartei kämpfen will. An Euch aus dem Reiche richten wir nochmals die Bitte: Geht zurück und wendet der Frage der Jugend mehr Interesse zu und greift Euren jugendlichen Freunden unter die Arme. Die kommunistische Arbeiterjugend soll eine Jugendbewegung der Praxis sein. Die kommunistische Arbeiterjugend wird handeln wie Max Hölz gehandelt hat: gegen die Gesetze, gegen den Staat, gegen alle irgendwie mit dem Bürgerturn verbundenen Organisationen, für ein kommunistisches Deutschland.

Genosse Sterzing:

Wenn der Referent hier sozusagen der K.A.P. Vorwürfe macht, daß vieles unterlassen worden wäre, so mag wohl ein kleiner Bruchteil stimmen. Aber das meiste stimmt nicht. Es gibt auch viele Ortsgruppen der K.A.P., die aufgrund der besonderen Verhältnisse ihres Bezirks garnicht in der Lage sind, Jugendgruppen zu gründen. Die letzten Tage nach dem Moskauer Kongreß ist eine derartige Arbeit von der V.K.P.D. geleistet worden, daß wir es in Gotha bald so weit hätten, daß eine Jugend gegründet werden könnte.

Genosse Anzick:

Die Partei ist schwach in manchen Bezirken und besonders in Sachsen. Deshalb ist es Aufgabe der Jugend, die auch tüchtige Kräfte in der Partei hat, diese tüchtigen Kräfte in der Partei zu halten. Dem Genossen Sterzing möchte ich noch sagen: Wir haben uns als Jugendorganisation zusammengeschlossen, da wir nun einmal den Stürmer-, den Drängergeist in uns besitzen.

Die Berliner Jugendorganisation hatte verlangt, ihren letzten Aufruf auf

die erste Seite der K.A.Z. zu bringen, aus wichtigen Gründen. Das ist nicht geschehen.

Ein Berliner Genosse erklärt für die Redaktion und Pressekommission der K.A.Z.:

aus welchen Gründen es praktischer war, den Aufruf nicht auf die erste Seite zu bringen. Wir nehmen den Vorwurf der Jugend hin, aber wir glaubten, es sei besser, während des Parteitag's ein Organ zu haben.

Jugendgenosse Paul:

Wenn ich mich entschlossen habe zu sprechen, so nur aus dem Grund, damit für Euch etwas Positives von einem Jugendlichen herauskommt. Die Rücksichtnahme auf die Gesetze ist weiter nichts, geschichtlich, marxistisch gesehen, als die Legalität der Partei. Augenblicklich ist die Partei gezwungen, legal vorzugehen, damit sie in die Massen kommt. Aber unsere Illegalität kann nur dann sein, wenn wir keine Rücksicht darauf zu nehmen haben, ob wir verboten werden oder nicht. Wir haben die Sturmzeichen der Zeit erkannt und Ihr habt sie noch nicht erkannt. Für uns handelt es sich darum, den richtigen Augenblick zu erfassen, wann der Kampf aufzunehmen ist, nicht nur ökonomisch diesen Zeitpunkt erfassen.

Genosse Meyer:

Ich will nicht in längeren Ausführungen auf die Rede des letzten Jugendgenossen eingehen. Wir müssen versuchen, die Jugendorganisationen da, wo sie bestehen, ins richtige Verhältnis zu bringen mit der K.A.P. Ich verstehe nicht unter "richtigem Maß einhalten", daß die K.A.P. der Vormund über die Jugendorganisation sein soll, sondern die alten Genossen sollen ihre Erfahrungen der Jugend mitteilen. Das, was den alten Genossen zum Teil fehlt, die Initiative, der Schwung, werden die Jugendgenossen ersetzen. Was den Aufruf betrifft, so laßt Euch gesagt sein, daß wir uns immer noch auf der Erde befinden und nicht in der Welt, die wir errichten wollen. Das ist kein Rückzug.

Genosse Happ:

Es ist interessant, daß gerade das Jugendproblem die Frage von der Legalität und der Illegalität aufrollt. Es ist keine Bevormundung, wenn ich sage, daß wir die Sucht, um jeden Preis illegal zu sein, ganz entschieden im Namen der

Revolution zurückweisen. (Sehr richtig, weil sie feige ist.) Diese Sucht ist garnicht identisch mit dem Geist der K.A.P.. Wir sind keine Verschwörersekten, die glaubt, daß man irgendwo schnell und mit Schneid einer kühnen Minderheit die Revolution macht. Unter Umständen ist noch sehr die Frage, was revolutionär ist, ob man Krieg in Schlupfwinkeln führt oder den Krieg, der an der Öffentlichkeit geführt wird. Wenn der Jugendgenosse meinte, der öffentliche Parteitag wäre schon ein Beweis für den Opportunismus der Partei, so ist seine Illegalität nur eine Manie. Legalität und Illegalität stehen durchaus nicht als unlösliche Gegensätze da, als die sie hier hingestellt werden. Rosa Luxemburg hat gesagt: Die Legalität und die Illegalität sind dieselben verschiedenen Seiten desselben Kampfes. Es beweist nur rein bürgerliches Denken wenn jemand glaubt, die Illegalität aus dem Gesamtprozeß der Revolution loslösen zu können und wenn er glaubt, die K.A.P.D. befände sich auf dem Wege des Opportunismus. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Tendenzen nicht überwuchern und die Partei gefährden.

Hierauf wird folgender Antrag zu Punkt Jugendfrage einstimmig angenommen: Die Jugendfrage wird als eine der wichtigsten Fragen mit anerkannt. Überall da, wo eine Ortsgruppe der K.A.P.D. besteht, muß eine Jugendgruppe bestehen.

Die Vertreter der Wirtschaftsbezirke haben die Pflicht, diese mit allem Nachdruck in die Tat umzusetzen.